

Änderungsantrag

der Abgeordneten Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlußempfehlung
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)
zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Beer und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/3748, 13/7870 –

Ächtung von Landminen (II)

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung erhält folgende Fassung:

„Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 13/3748 anzunehmen,
2. folgende Entschließung anzunehmen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die in dem Antrag auf Drucksache 13/3748 enthaltenen Vorschläge in praktische Politik umzusetzen.

Zwar sind in diesem Jahr zwei wichtige Fortschritte in der Politik für eine Ächtung aller Landminentypen zu verzeichnen: der Abschluß des Vertrages von Ottawa und die Verleihung des Friedensnobelpreises an die internationale Kampagne gegen Landminen. Eine grundsätzliche Lösung der weltweiten Landminenkatastrophe ist jedoch nicht in Sicht. Der Vertrag von Ottawa kann nur ein erster Schritt sein. Jetzt ist es notwendig, daß die Antiminenpolitik bis zur vollständigen Ächtung aller Landminentypen fortgesetzt wird.

Denn immer noch tritt alle 20 Minuten ein Mensch auf eine Mine und wird getötet oder verstümmelt. Dieses Problem bleibt noch auf Jahre bestehen, selbst wenn ab dem heutigen Tag keine einzige Mine mehr verlegt werden würde. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen liegen noch 120 Millionen Minen weltweit auf den Kriegsschauplätzen und bedrohen die Zivilbevölkerung. Nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes liegen die tödlichen Sprengsätze in über 71 Länder verteilt. Die Opfer sind zu 90 % Zivilisten, insbesondere Bauern, Frauen und Kinder.

Allerdings wollen selbst bei diesem Vertrag wichtige Staaten nicht unterzeichnen. Die Vereinigten Staaten, Rußland und China wollen einerseits Antipersonenminen in ihren Waffenarsenalen behalten, die beiden letzteren gehören zu den größten Produzenten von Antipersonenminen. Darüber hinaus wollen nach dem gegenwärtigen Stand u. a. Indien, Pakistan, Griechenland, die Türkei, Nord- und Südkorea den Vertrag nicht unterzeichnen. Die internationale Öffentlichkeit hat dieses Verhalten kritisiert. Dennoch ist auf die Sogwirkung des Vertrages von Ottawa zu hoffen. Dies hängt jedoch nicht zuletzt auch davon ab, ob die Unterzeichnerstaaten bereit sind, den Weg zu einer vollständigen Ächtung aller Landminentypen weiter zu gehen.

Die Industriestaaten und insbesondere Deutschland sind jedoch nicht bereit, die grundsätzlichen Forderungen der internationalen Kampagne, die Ächtung aller Landminentypen, operativ aufzugreifen. Sie versuchen im Gegenteil durch den Verzicht auf Landminensysteme, die sie nicht mehr selbst benötigen oder die in ihren Ländern nicht mehr produziert werden, von der Fortsetzung der Entwicklung, Produktion und Beschaffung abzulenken und gleichzeitig die Bedingungen für Exporte durch die heimischen Rüstungsproduzenten zu verbessern.

Die Bundesregierung plant für Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Landminen und militärischer Minenräumung im Jahr 1998 rd. 99 Mio. DM und in den Folgejahren rd. 330 Mio. DM auszugeben. Diese sind dabei für Krisenreaktionseinsätze im Rahmen der neuen, interventionistischen Aufgabenstellung der Bundeswehr vorgesehen.

Für humanitäre Minenräumung sind im Einzelplan 05 des Auswärtigen Amtes lediglich 18 Mio. DM vorgesehen."

Bonn, den 10. Dezember 1997

Angelika Beer

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion